

AGIEREN STATT REAGIEREN VORAUSSCHAUEN STATT NACHGEBEN

**POLITISCHE ERKLÄRUNG DER PROVINZ
2024-2030**

vom Lütticher Provinzialrat
30. Januar 2025

Verantwortlicher Herausgeber:

Provinz Lüttich
Place Saint-Lambert 18A,
4000 Lüttich

www.provincedeliege.be

Alle Rechte der Vervielfältigung,
Bearbeitung und Übersetzung
für alle Länder vorbehalten.

D/2025/4540/46

Inhaltsverzeichnis

1 › seite 5 Einleitung

2 › seite 7 Ein UMFASSENDE UND HISTORISCHER Wille ZUR REFORM DER PROVINZINSTITUTION

Übertragung bestimmter Zuständigkeiten	8
Handeln für den Wandel mit Akteuren, Instrumenten, Zielen und auch Grenzen	9

3 › seite 11 Eine gestärkte GEMEINDEÜBERGREIFENDE Rolle BASIEREND auf drei Säulen

Neudefinierung des Prozesses zur Unterstützung und Entwicklung von gemeindeübergreifenden Initiativen.	12
Fortsetzung der Politik zur Unterstützung der Gemeinden	13
Stabilisierung der Dotation der Provinz für die Hilfeleistungszonen und der Rolle der Provinz innerhalb dieser Einheiten	14

4 › seite 16 REFORMIEREN ohne dabei aufzuhören ZU HANDELN

1. Regierungsführung & Kommunikation	16
2. Deutschsprachige Gemeinschaft	17
3. Verwaltung der Ressourcen der Provinz	17
a. Finanzen & Haushalt	18
b. Provinzpersonal	18
c. Kulturerbe der Provinz, Gebäude & Investitionen	20
d. Digitalisierung	20
e. Kommunikation	20
4. Unterrichtswesen	21
5. Aus- und Weiterbildung	22
6. Tourismus	24
7. Kultur	25
8. Gesundheit und Soziales	27
9. Landwirtschaft und Ländlicher Raum	28
10. Nachhaltige Entwicklung	29
11. Sport	29

5 › seite 31 Abschließend: DIE PROVINZ LÜTTICH nimmt IHR SCHICKSAL selbst in die Hand

Einleitung

Nach den Provinzwahlen im Oktober 2024 und nach der Einsetzung der politischen Organe der Provinz ist die Vorlage der Politischen Erklärung der Provinz einer der ersten Schwerpunkte der gerade begonnenen Legislaturperiode, da sie die vom Provinzkollegium verfolgte Richtung für den Aufbau der Provinz von morgen vorgibt.

Die Provinzen – und wohl insbesondere die wallonischen Provinzen – mit ihren direkt gewählten Parlamenten spiegeln noch heute den Willen wider, der zu ihrer Entstehung (und ihrem Fortbestand) bei der Gründung des belgischen Staates geführt hat.

Die Provinzen, Träger der politischen Vielfalt, bieten weiterhin einen flexiblen, praktischen und bewährten Organisationsrahmen, einen Raum für kontrollierte Dezentralisierung in einem Kontext der fortschreitenden und sich ausdehnenden Globalisierung. Diese Globalisierung tendiert dazu, die wirklichen Interessengemeinschaften, die auf lokaler Ebene die Bürger im Hinblick auf wichtige Herausforderungen in ihrem Lebensumfeld zusammenbringen können, unsichtbar und damit unverstanden zu machen.

Im komplexen institutionellen Gefüge Belgiens nehmen die Provinzen einen wichtigen Platz ein, da sie auf ihrer Ebene voll und ganz an der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips beteiligt sind. Dieses Prinzip besagt, dass aus institutioneller Sicht eine höhere Behörde eine Angelegenheit nur dann regeln sollte, wenn die niedrigeren Ebenen die festgelegten Ziele nicht wirksam erreichen können.

Neben den Aufgaben, die ihnen von anderen staatlichen Ebenen zugewiesen werden, verfügen die Provinzen über eine erhebliche Handlungsautonomie, die es ihnen ermöglicht, entsprechend den spezifischen Bedürfnissen ihres Gebiets in vielen Bereichen eine gezielte Politik zu betreiben.

Die fünfte und sechste belgische Staatsreform haben bekanntlich dazu beigetragen, die der Wallonie übertragenen Befugnisse zu stärken, sei es bei der Regelung der Organisation und der Funktionsweise der wallonischen Provinzen, oder bei der Erwägung ihrer vollständigen Abschaffung oder zumindest ihrer Weiterentwicklung.

Diese wichtige Rolle, die der Region von der Verfassung und dem Sondergesetzgeber übertragen wurde, verpflichtet die wallonischen Provinzen – und im vorliegenden Fall unsere Provinz –, den politischen Wünschen, die von der wallonischen Behörde in Bezug auf sie geäußert werden, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ein UMFASSENDE UND HISTORISCHER Wille ZUR REFORM DER PROVINZINSTITUTION

Im Rahmen der Erklärung zur Regionalpolitik, die die Regierung nach den Regionalwahlen vom 9. Juni 2024 im Sommer 2024 vor dem Wallonischen Parlament abgegeben hat, erläuterte sie mehrere sehr klare Ziele in Bezug auf die wallonischen Provinzen. Diese Ziele sollen für den Provinzialrat und das Provinzkollegium einen starken internen Motor darstellen, der jeden der betroffenen Akteure dazu anregen soll, unverzüglich eine umfassende und ehrgeizige Reform der Institution in Angriff zu nehmen.

Das aus den Wahlen vom 13. Oktober 2024 hervorgegangene Provinzkollegium ist sich der notwendigen Reformen bewusst, die die Organisation und Funktionsweise aller politischen und öffentlichen Institutionen Belgiens und insbesondere der französischsprachigen Institutionen verbessern sollen, und fordert sie ein. Es beabsichtigt, wie andere und mit anderen (Region, Föderation Wallonie-Brüssel, Städte und Gemeinden, ÖSHZ, Invest, Interkommunale...), seinen Teil der Verantwortung in diesem historischen und besonders ehrgeizigen Reformvorhaben zu übernehmen.

Dabei geht es jedoch nicht darum, dem Diktat der Veränderung um der Veränderung willen nachzugeben. Es geht vor allem um eine bessere und klarere Organisation, die eine Rationalisierung der Aufgaben und Ressourcen mit sich bringt, und um eine vorbehaltlose Mobilisierung aller betroffenen Parteien.

Das Provinzkollegium ist entschlossen, bei dieser neuen, von der Region initiierten Reform nicht passiv zu bleiben. Es möchte die Initiative ergreifen und das Ruder in die Hand nehmen, indem es den Provinzialrat sehr eng und regelmäßig in seine Arbeiten einbezieht. Dadurch sollen die neuen Einschränkungen in Chancen umgewandelt werden, die es der Provinz Lüttich ermöglichen, über die zu erwartenden und für diese Art von Veränderungen typischen Hürden hinaus die Kontrolle über ihr Schicksal zu behalten.

Übertragung bestimmter Zuständigkeiten

Die Erklärung zur Regionalpolitik 2024 besagt Folgendes: „Jeder Provinzialrat, der aus den Wahlen im Oktober 2024 hervorgeht, wird beauftragt, der Regierung bis zur Hälfte der Legislaturperiode seinen Plan zur Aufteilung der Zuständigkeiten auf die anderen Verwaltungsebenen und der bei ihm verbleibenden Zuständigkeiten im Lichte seiner eigenen territorialen und institutionellen Gegebenheiten vorzuschlagen.“

Wie bereits erwähnt, möchte sich das Kollegium voll und ganz dieser Dynamik anschließen und wird in diesem Rahmen eine eingehende Analyse der Aufgaben der Provinzen vornehmen lassen, mit dem Ziel, bestimmte Zuständigkeiten auf die relevantesten Verwaltungsebenen zu übertragen. Dabei muss jedoch die Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze und der finanziellen Mittel, die für die Ausübung aller Zuständigkeiten erforderlich sind, gewährleistet werden.

Der Provinzialrat wird spätestens bis Mitte der laufenden Legislaturperiode in der Lage sein, seinen Plan zur Aufteilung der Zuständigkeiten auf die anderen Verwaltungsebenen vorzuschlagen und dementsprechend auch die Zuständigkeiten zu bestimmen, die bei ihm verbleiben – einschließlich derjenigen, die er ausbauen möchte. Dies geschieht im Lichte seiner eigenen territorialen und institutionellen Gegebenheiten und unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Qualität und Kosten der erbrachten provinziellen Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang muss jede Maßnahme oder Dienstleistung der Provinz zumindest einen messbaren Mehrwert aufweisen.

Diese strategische Neuausrichtung wird auf mehreren Grundprinzipien beruhen:

- die Stärkung von Komplementarität und Zusammenarbeit zur Förderung eines koordinierten und kohärenten Ansatzes, um die Ressourcen zu optimieren und die Wirkung der Maßnahmen zu maximieren;

- die territoriale Legitimität und das ständige Streben nach Relevanz auf Provinzebene durch die Bereitstellung von Lösungen, die auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten sind;
- die kontinuierliche Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf eine ständige Anpassung und Verbesserung der Maßnahmen.

So kann die Provinz gemeinsam mit den betroffenen Parteien besser beurteilen, welche Aufgaben sie effizient und ergänzend zu den Maßnahmen der Gemeinden, der Region und der Föderation Wallonie-Brüssel erfüllen kann.

Im aktuellen Kontext, in dem ein immer besseres und effizienteres Handeln erforderlich ist, um insbesondere den ökologischen und digitalen Wandel zu erleichtern, müssen diese Reformen eine langfristige Vision beinhalten und innovative Lösungen fördern, um den Bedürfnissen von heute und morgen gerecht zu werden.

Dies bedeutet insbesondere, dass die Provinz durch ihre Reform Folgendes tun muss:

- proaktiv auf neue soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen reagieren, wie zum Beispiel auf den ökologischen Wandel und die Digitalisierung;
- auch organisatorische Reformen und Methoden der Regierungsführung einschließen, die an ihre lokale Realität angepasst sind, und zwar in sämtlichen Sektoren;
- sich durch eine bessere Kontrolle ihrer personellen oder materiellen Ressourcen mit einer verstärkten Fähigkeit ausstatten, alle bestehenden Prozesse in ihrem Inneren umzugestalten, um sie effizienter, gerechter oder zugänglicher zu machen.

Handeln für den Wandel mit Akteuren, Instrumenten, Zielen und auch Grenzen

Der Plan zur Aufteilung der Zuständigkeiten in solche, die auf andere Ebenen übertragen werden, und solche, die bei der Provinz verbleiben, muss also spätestens zur Mitte der Legislaturperiode von der Provinz bestätigt und vorgelegt werden.

Das Ausmaß dieser Aufgabe, die von den Wählern und politischen Kräften gewünscht wird, erfordert zweifellos eine langwierige Arbeit.

Der Aufteilungsplan wird das Ergebnis einer abgestimmten und sorgfältigen Analyse sein. Diese erfordert ein starkes und vorbehaltloses Engagement der Mitglieder des Provinzkollegiums und des Provinzialrats – natürlich in erster Linie –, aber auch der gesamten Verwaltung und der Partner, die eng mit der Tätigkeit und der Zukunft der Provinz verbunden oder davon betroffen sind.

Der wallonische Gesetzgeber hält in diesem Rahmen zwei zentrale Instrumente zur Steuerung der Politik der Provinz für ausgesprochen wichtig. Diese Instrumente werden also mobilisiert, um die mit dieser umfassenden Reform verbundenen Ziele zu definieren und vor allem zu erreichen.

Das erste ist die vorliegende Politische Erklärung der Provinz.

Es ist ein Informationsinstrument für die Öffentlichkeit, mit dem die politische Mehrheit in der Provinz den Bürgern ihre Absichten klar mitteilt. Es ist aber auch ein Orientierungsinstrument, das es ermöglicht, in der Folge operative Projekte und Ziele gemäß den darin entwickelten Grundlinien der nach den Wahlen vom 13. Oktober 2024 gewählten politischen Mehrheit zu entwickeln.

Dieses Dokument ist somit der erste Schritt zur Ausarbeitung des allgemeinen Richtlinienprogramms, das bekanntlich für alle wallonischen Gemeinden und Provinzen als zweites dieser Instrumente verpflichtend geworden ist.

Dieses Dokument wird es ermöglichen:

- die verfügbaren Haushalts-, Material- und vor allem Personalmittel zu analysieren, um zunächst die Aufteilung der Zuständigkeiten vorzunehmen und anschließend die darin enthaltenen Entscheidungen umzusetzen;
- für alle Kräfte, die diesen Wandel umsetzen sollen, Folgendes zu definieren:
 - eine umfassende, einzigartige und von möglichst vielen Menschen bestätigte Vision;
 - strategische und praktische Ziele, die sich aus dieser Vision ergeben.

Das allgemeine Richtlinienprogramm ist nicht nur ein politisches Instrument zur Analyse und Planung, sondern auch ein zuverlässiges Instrument zur Bewertung der Umsetzung der von der Mehrheit getroffenen Entscheidungen. Es verkörpert die ständige Abstimmung zwischen dem Provinzkollegium und dem Direktionsausschuss, der die Provinzverwaltung in ihren zahlreichen und sehr unterschiedlichen Funktionen vertritt.

Im Gegensatz zur vorliegenden Erklärung ist das allgemeine Richtlinienprogramm von Grund auf entwicklungsfähig, so dass die Beteiligten jederzeit und mehrmals im Laufe der Legislaturperiode Änderungen vornehmen können. Dies dient dazu, den Herausforderungen bestmöglich gerecht zu werden und dabei deren bekanntlich sehr schnell voranschreitende Entwicklung zu berücksichtigen.

Im Anschluss an die Annahme dieser für die gesamte Legislaturperiode gültigen Politischen Erklärung der Provinz wird das Kollegium also ein allgemeines Richtlinienprogramm verabschieden und vorlegen. Die Ziele dieses politischen Instrumentes sind wie folgt:

- einerseits sollen die Feststellungen, die den Rahmen für die Erarbeitung der vorliegenden Politischen Erklärung der Provinz bilden, weiter präzisiert werden;
- andererseits sollen die Strategien des Provinzkollegiums formalisiert werden, um die Umsetzung seines politischen Willens zu gewährleisten, der hier in seinen Grundprinzipien beschrieben wird;
- schließlich soll im Laufe der Legislaturperiode Folgendes aktualisiert werden:
 - die obigen Feststellungen in Bezug auf provinzielle und -externe Faktoren, die den Rahmen für die Ausarbeitung dieser Erklärung in irgendeiner Weise beeinflussen;
 - die Bedürfnisse, auf die die Politik der Provinz reagieren soll;
 - die Strategie, die entwickelt werden muss, um diese Reaktion sowohl konkret als auch in jeder Hinsicht optimal zu gestalten.

Die Bewertung der Umsetzung dieses allgemeinen Richtlinienprogramms ist gesetzlich vorgeschrieben, mindestens zur Mitte der Legislaturperiode. Auf diese Weise kann sie zeitlich mit der Bestätigung des Plans zur Aufteilung der Zuständigkeiten zusammenfallen, der in diesem Zeitraum von der Wallonischen Regierung erwartet wird.

Um die Debatte über die Unterstützung der Hilfeleistungszonen durch die Provinz auf eine möglichst breite, transparente und einvernehmliche politische Grundlage zu stellen, wird das Provinzkollegium unter anderem – und insbesondere dem Provinzialrat – die Bildung einer Sonderkommission vorschlagen, dessen Grundlage und Zusammensetzung noch festzulegen sind.

Diese Kommission soll Debatten über die Thematik der Hilfeleistungszonen organisieren. Dabei sollen zumindest Vertreter des Kollegiums und der Hilfeleistungszonen, der Gouverneur und seine Vertreter, aber auch Techniker, die zur Erläuterung der Debatten fähig sind, zusammengebracht werden. Bei diesen Gelegenheiten wird sie über die Verwaltung der Hilfeleistungszonen diskutieren, insbesondere über deren Zusammenlegung und Annäherung.

Zum Abschluss dieses Kapitels, das der Arbeitsmethodik gewidmet ist, sei auf Folgendes hingewiesen: Über die Wahl der Methoden und Ziele für die geplanten Reformen auf Provinzebene hinaus möchte das Provinzkollegium zwei unverzichtbare Grenzen setzen und durchsetzen, die für alle künftigen Diskussionen mit allen Beteiligten über die Provinz Lüttich und ihre Zukunft maßgeblich sein werden.

Erstens ist und bleibt der Lütticher Provinzialrat die einzige legitime, in der Verfassung verankerte und als solche anerkannte administrative und politische Behörde, die über die Relevanz der Fortführung oder Übertragung der derzeitigen Aufgaben und Zuständigkeiten der Provinz entscheiden kann. Die Arbeiten, die diese Entscheidungsfindung ermöglichen, werden unverzüglich in Angriff genommen und sollen, wie von der Wallonie gewünscht, zur Mitte der Legislaturperiode abgeschlossen sein.

Zweitens kann keine Reform ohne den wertvollen Beitrag des Provinzpersonals durchgeführt werden. Diese Menschen müssen in die Zukunft der Institution, der sie täglich dienen, einbezogen werden.

Das Kollegium wird dafür Sorge tragen, dass die Reform ihre beruflichen Errungenschaften nicht verändert. Es beabsichtigt, dieses Projekt in enger Zusammenarbeit mit allen Provinzbediensteten durchzuführen – mit jenen, die täglich die Qualität des provinziellen öffentlichen Dienstes unter Beweis stellen und seine wichtige bürger- und gemeindenahen Rolle aufrechterhalten.

Jeder muss den Wandel mitgestalten, denn dies ist der beste Weg, um ihn zu verstehen und sich den damit verbundenen Prozess zu eigen zu machen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Bediensteten an Schulungen teilnehmen müssen, um den neuen Zuständigkeiten und Erwartungen der Provinzinstitution gerecht zu werden und so die künftigen Herausforderungen frühzeitig zu erkennen.

Das bedeutet auch, dass ein Übergangsplan erstellt werden muss, um die Bediensteten der Provinz und die anderen an der Reform beteiligten Akteure zu unterstützen. Außerdem müssen vor der vollständigen Umsetzung Experimentier- und Anpassungsphasen vorgesehen werden.

Eine gestärkte GEMEINDEÜBERGREIFENDE Rolle BASIEREND auf drei Säulen

Die Wallonische Regierung ist sich der strategischen Bedeutung der Provinzen für die Bewältigung gemeindeübergreifender Herausforderungen bewusst und möchte diese gemeindeübergreifende Rolle stärken. Dabei möchte sie – wie sie es ausdrückt – auf einen „schrittweisen und ausgewogenen Übergang“ achten.

In diesem Sinne, und gemäß ihrem Vorschlag, sollen die kürzlich von der Region für die territoriale Koordination anerkannten gemeindeübergreifenden Einheiten in den Zuständigkeitsbereich der Provinzen integriert werden. Die Wallonische Regierung will auf diese Weise Doppelarbeit vermeiden und die Einheitlichkeit der Maßnahmen verbessern.

Dieser Ansatz entspricht den Schlussfolgerungen einer Studie über die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit, die vom Verband der wallonischen Provinzen beim Unternehmen BDO in Auftrag gegeben wurde und die zu einer Umfrage bei den Gemeinden und den Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) in den Monaten Juni und Juli 2024 geführt hatte. Ziel dieser Umfrage war es, die Wahrnehmung der lokalen Akteure in Bezug auf die Zusammenarbeit, die in Betracht gezogen oder sogar verstärkt werden sollte, und die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, zu erfassen.

Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen insbesondere, dass die Gemeinden die Provinzen als strategische und relevante Partner zur Unterstützung dieses Prozesses der Zusammenarbeit betrachten.

Die Institution der Provinz muss daher mehr denn je am Maßstab der interterritorialen Komplementarität neu überdacht werden, um eine konstruktive Reform des frankophonen Raums im Allgemeinen zu erreichen, zu dem die Provinzen gehören.

In diesem Zusammenhang wünscht das Kollegium, dass die Provinz Lüttich durch die verschiedenen Strukturen und Vereinigungen, die das territoriale und wirtschaftliche Archetypus von Lüttich bilden, ein wichtiger Akteur ihrer territorialen und wirtschaftlichen Neuorientierung ist, und nicht nur durch bloße historische finanzielle Beteiligungen.

Die neu eingesetzte politische Mehrheit in der Provinz möchte bereits jetzt bekräftigen, dass sie der Entwicklung der Krankenhauslandschaft in der Provinz Lüttich besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Es erscheint in der Tat notwendig, eine Annäherung zwischen den verschiedenen Strukturen in Betracht zu ziehen, um die Effizienz zu steigern und die Instrumente zu rationalisieren. Dies soll jedoch weder die Qualität der erbrachten Gesundheitsversorgung beeinträchtigen noch den lokalen Behörden eine zu hohe finanzielle Belastung und/oder Verschuldung auferlegen.

Angesichts der Bedeutung und der strategischen Relevanz dieser Themen für das gesamte Gebiet wird die neue Mehrheit zudem auch die Akteure unterstützen, die sich entschlossen für eine gemeinsame Verbesserung der Energieinfrastruktur einsetzen. Ziel ist ein ökologischer Wandel, der in erster Linie den Nutzern zugutekommt – darunter Haushalten, Unternehmen, Vereinen und lokalen Behörden.

Die Provinz ist bestrebt, die Wirkung öffentlicher Maßnahmen zu verstärken und die Strategie des Energiewandels auf regionaler Ebene auszurichten. Daher besteht ein klarer Wille, die Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region sowie mit Akteuren im Energiesektor zu fördern – insbesondere in Strukturen, an denen die Provinz bereits beteiligt ist.

Darüber hinaus muss die Provinz Lüttich auch ihre gemeindeübergreifende Rolle innerhalb der institutionellen Landschaft Lüttichs festigen und ihre Position als Vermittler des Austauschs von bewährten Praktiken bekräftigen. Zu diesem Zweck werden regelmäßige Kontakte mit Institutionen wie der GRE oder der SPI aufgenommen.

Außerdem muss die Institution der Provinz ihre Bemühungen fortsetzen und ihr Engagement bei den lokalen Akteuren verstärken. Dabei wird sie das Fachwissen ihrer Mitarbeiter nutzen, um eine ehrgeizige gemeinde-

übergreifende Zusammenarbeit zu entwickeln, die für alle Nutzer ihres öffentlichen Dienstes von Vorteil ist.

Diese gemeindeübergreifende Zusammenarbeit muss in jedem Fall das Ergebnis der Umsetzung der Autonomie sein, über die jede Provinz in Anwendung der Verfassung unseres Königreichs immer verfügt hat, das provinzielle Interesse zu definieren.

Es wird also darum gehen, den Ansatz der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zwischen zwei Extremen zu verorten: weder Faszination noch Ablehnung. Sie ist nämlich ein kontextabhängiger Prozess, der immer einmalig und mit verschiedenen Verwicklungen behaftet ist. Zu diesem Zweck wird das Provinzkollegium die Rolle der Abteilung für Beziehung zu den Gebieten, Städten und Gemeinden stärken, deren Aufgaben zur Koordinierung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit in drei Aktionsbereiche fallen: Unterstützung von gemeindeübergreifenden Initiativen, Hilfe für die Gemeinden und zivile Sicherheit.

Neudefinierung des Prozesses zur Unterstützung und Entwicklung von gemeindeübergreifenden Initiativen

Das Kollegium wird dem Provinzialrat vorschlagen, den Prozess zur Unterstützung gemeindeübergreifender Projekte neu zu definieren. Dies geschieht unter Berücksichtigung der Auflösung der VoG „Liège Europe Métropole“ sowie des Ziels, die Verwaltung transparenter und einfacher zu gestalten. Gleichzeitig wird ein ständiger Dialog mit den antragstellenden lokalen Behörden aufrechterhalten. Für die Provinz Lüttich ist es in der Tat entscheidend, weiterhin föderative Projekte zu unterstützen und zu koordinieren, die diese Behörden nicht alleine durchführen können und die einen Mehrwert für die Entwicklung und die Attraktivität des Gebietes darstellen.

Das Kollegium verpflichtet sich außerdem, gemeindeübergreifende Projekte zu finanzieren, die bereits früher Gegenstand einer grundsätzlichen Zusage waren.

Auf dieser Grundlage besteht das Bestreben des Provinzkollegiums darin, eine Art Fahrplan anzubieten, der auf die spezifische Situation des Gebietes der Provinz Lüttich und seiner Akteure zugeschnitten ist. Er soll dazu dienen, gemeindeübergreifende Initiativen anzuregen, zu leiten und zu entwickeln, die den Erwartungen der lokalen Behörden im Rahmen einer Dynamik der verstärkten Zusammenarbeit und der Optimierung der Ressourcen bestmöglich entsprechen.

Die von der Abteilung für Beziehung zu den Gebieten, Städten und Gemeinden durchgeführte Analyse ermöglichte ein besseres Verständnis der Herausforderungen, mit denen die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben konfrontiert sind. Daraus resultiert eine gezieltere Ausrichtung der Art und Weise, wie die Provinz ihnen helfen kann. Die erste Feststellung ist, dass in vielen Gemeinden, insbesondere in den dünner besiedelten, die

Komplexität von Themen wie öffentliche Auftragsvergabe, Projektausschreibungen, Verwaltung von Wasserläufen oder Notfallplanung es ihnen nicht erlaubt, die ihnen obliegenden öffentlichen Dienstleistungen optimal zu erbringen. Das Provinzkollegium möchte sie dabei unterstützen und ihnen bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben zur Seite stehen.

Im Rahmen dieser Vorgehensweise und zum besseren Verständnis der jeweiligen Bedürfnisse und Herausforderungen werden regelmäßig Treffen mit den Konferenzen der gewählten Vertreter und/oder mit den Bürgermeister*innen der Provinz organisiert. Dort sollen gemeinsam mit diesen Partnern die Mittel und Maßnahmen festgelegt werden, die eingesetzt oder geändert werden müssen, um die von den Gemeinden gewünschten Projekte optimal zu unterstützen.

Fortsetzung der Politik zur Unterstützung der Gemeinden

Auch die Bemühungen zur konkreten Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften werden fortgesetzt, u. a. durch die Dienste der Einkaufszentrale, der sanktionierenden Beamten und der Schätzungsberater. Wenn das Fachwissen der Provinz unseren lokalen Partnern zugute kommen kann, wird unsere Institution zur Stelle sein.

Die 2013 gegründete Einkaufszentrale der Provinz zählt derzeit 294 Mitglieder. Die Abteilung für öffentliche Aufträge wird an der Wiederaufnahme mehrerer öffentlicher Lieferaufträge der Einkaufszentrale arbeiten, die im Laufe des Jahres 2025 auslaufen werden oder bereits ausgelaufen sind.

Unter Berücksichtigung der mit dieser Art von Vorhaben verbundenen Einschränkungen und Nachteile kann möglicherweise eine Erweiterung des Katalogs der öffentlichen Lieferaufträge in Betracht gezogen werden, sobald die derzeit laufenden oder bereits gekündigten Aufträge erfolgreich neu ausgeschrieben worden sind.

Außerdem wird der gemeinsame Auftrag für Streusalz fortgesetzt.

Der mit der Umsetzung der kommunalen Verwaltungssanktionen beauftragte Dienst der Provinz wird derzeit von 68 der 84 Gemeinden der Provinz in Anspruch genommen. Dies bestätigt die Tendenz, dass es vor allem Gemeinden mit geringer Bevölkerungsdichte sind, die die Provinz Lüttich um Unterstützung bitten, wie in diesem Fall bei der Umsetzung der Verwaltungssanktionen.

Das Hauptziel des Dienstes wird es sein, ein bevorzugter und qualitativ hochwertiger Partner für die Partnergemeinden und -polizeizonen zu bleiben. Dabei wird darauf geachtet, einen kompetenten, schnellen und effizienten Dienst anzubieten, auf den die Partner sich verlassen können, und das in einem Bereich der für die Bürger und ihr Lebensumfeld von großer Wichtigkeit ist.

Zudem wird die Provinz Lüttich, aufgrund der Erfahrungen, die sie seit 2014 im Rahmen des von der Wallonischen Regierung initiierten Pilotprojekts gesammelt hat, den Städten und Gemeinden in ihrem Gebiet weiterhin die Dienste eines provinziellen Schätzungsberaters anbieten.

Die Aufgabe des Schätzungsberaters besteht darin, die Verwaltung der Vermögensdokumentation (Kataster) über alle Änderungen zu informieren, die im Bereich der verschiedenen Immobilien in einer Gemeinde registriert werden. In diesem Sinne ist er die Schnittstelle zwischen diesen Verwaltungen und der Garant für eine gute Verwaltung der Daten, die die Festlegung des Katastereinkommens ermöglichen und für die Berechnung des Immobilienvorsteuerabzugs notwendig sind. Es handelt sich hierbei um wichtige Einnahmen für die Gemeinden.

Die Provinz wurde von der Wallonie mit der Verwaltung der Wasserläufe der zweiten Kategorie beauftragt und muss erkennen, dass diese Aufgabe völlig neue Dimensionen annimmt: die Auswirkungen der Überschwemmungen vom Juli 2021 auf die Ufermilieus und die Bürger, das zunehmende Auftreten invasiver Arten an unseren

Ufern und in unseren Flüssen, die Notwendigkeit, die Wassereinzugsgebiete mit einer überlokalen Vision zu betrachten, die alle betroffenen und beeinflussenden Akteure einbezieht... Das sind alles Faktoren, die sie dazu veranlassen, konkrete und abgestimmte Maßnahmen zugunsten von Hunderten Kilometern von Wasserläufen entwickeln zu wollen, für deren ordnungsgemäßen Ablauf die Provinz verantwortlich ist.

Daher verpflichtet sie sich, der Problematik der kanalisierten Wasserläufe besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie wird deren Zustand erfassen und geeignete Maßnahmen für die identifizierten Problemstellen auf Grundlage des erstellten Katasters in Betracht ziehen. Sie wird auch die das ganze Jahr über durchgeführte

Instandhaltung optimieren, indem sie eine schnelle Reaktion der Akteure vor Ort fördert.

Als gemeindeübergreifender, aber auch bürgernaher Akteur will die Provinz Lüttich die Zusammenarbeit mit den Flussverträgen und die Unterstützung der Gemeinden auf ihrem Gebiet bei der Verwaltung der Wasserläufe der dritten Kategorie bekräftigen.

Im Rahmen eines proaktiven Ansatzes zur Verringerung des Hochwasserrisikos wird die Provinz Lüttich zudem verstärkt hydraulische Studien der Wassereinzugsgebiete durchführen, um Risikofaktoren zu identifizieren und nützliche Anpassungen vorzunehmen, die natürliche, gesunde und widerstandsfähige Flussbetten und Ufer begünstigen.

Stabilisierung der Dotation der Provinz für die Hilfeleistungszonen und der Rolle der Provinz innerhalb dieser Einheiten

Mit dem Programmdekret, das sie im Dezember 2024 vom Wallonischen Parlament verabschieden ließ, hat die Wallonische Regierung bereits ihren Willen umgesetzt, die Übertragung der Dotation der Provinz für die Hilfeleistungszonen rechtlich zu stabilisieren. Zudem hat sie damit einen Haushaltsplan festgelegt, um die vollständige Übernahme der Finanzierung der Hilfeleistungszonen abzuschließen und so die Städte und Gemeinden maximal zu entlasten.

Die Stabilisierung dieser Dotation, ihr Umfang und ihre langfristige Verankerung ermöglichen es der Provinz eine enge – wenn nicht sogar führende – Beteiligung am Betrieb der Hilfeleistungszonen zu fordern. Dies soll eine effiziente und verantwortungsbewusste Nutzung öffentlicher Gelder sicherstellen sowie eine optimale Koordination der Akteure und Aktivitäten gewährleisten, die über das Interesse einzelner Zonen hinausgeht und dem gesamten provinziellen Interesse dient. Darüber hinaus soll die Beteiligung dazu beitragen, die Aktivitäten der Zonen auf die strategischen Prioritäten auszurichten, die das Funktionieren der Rettungsdienste auf dem gesamten Gebiet der Provinz bestimmen müssen.

Die Provinz Lüttich wird aktiv an den Entscheidungen teilnehmen, die in den Hilfeleistungszonen getroffen werden, indem sie dort eine zonenübergreifende und somit provinzielle Perspektive entwickelt, die es ermöglicht, über die Perspektiven der einzelnen Zonen hinauszugehen. Um das Fachwissen und die Effizienz der provinziellen Vertreter in diesen zonalen Instanzen weiter zu steigern, wird die Unterstützung der Abteilung für Beziehung zu den Gebieten, Städten und Gemeinden für diese Vertreter optimiert.

Das Kollegium wird auch schrittweise die (finanzielle, operative...) Beteiligung der Provinz an den Hilfeleistungszonen in Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen verstärken, unbeschadet der Entscheidungen, die von der Wallonie in diesem Zusammenhang angenommen werden und für die Provinz verbindlich sind.

Die Zuständigkeit für die Hilfeleistungszonen stellt eine zentrale und wesentliche Aufgabe für die Provinz dar: Im Interesse eines kohärenten Vorgehens wird sie daher einem einzigen Abgeordneten zugewiesen, der das

gesamte Kollegium in den Instanzen der Zonen auf dem Gebiet der Provinz vertritt.

Die in diese Zuständigkeit fallende Materie wird künftig auch im Rahmen einer Kommission des Provinzialrats behandelt, wie oben erläutert.

Die verschiedenen Dienstleistungen, die die Provinz derzeit im Rahmen des Fonds der Provinzen für die Hilfeleistungszonen anbietet, werden beibehalten (Kartografie, Geolokalisierung, Personalkosten der Abteilung und der Ausbildung, Kosten für die Zusammenlegung von Einsatzleitstellen, verschiedene Materialien usw.). Das Kollegium wird insbesondere an der Bündelung ihrer öffentlichen Aufträge und Betriebsmittel arbeiten, indem es Folgendes zentralisiert

und aufeinander abstimmt: die Vergabe öffentlicher Aufträge, Versicherungen, den Kauf und die Verwaltung von Fahrzeugen und Ausrüstung, die Instandhaltung von Gebäuden und Kasernen, Sensibilisierungskampagnen, die Rekrutierung von Freiwilligen und die Erstellung von Notfallplänen für die Gemeinden.

Das Kollegium wird außerdem in enger Abstimmung mit den Hilfeleistungszonen darauf achten, die Zusammenarbeit weiter zu stärken, um die Unterstützungs- und/oder Einsatzdienste innerhalb dieser Zonen zu optimieren: Dies betrifft zum Beispiel die Zusammenlegung von Einsatzleitstellen oder die bereits eingeleitete Arbeit zur Schaffung einer gemeinsamen operativen Einheit für das Management biochemischer Risiken.

REFORMIEREN ohne dabei aufzuhören ZU HANDELN

Es ist also ein Mammutprojekt, zu dem sich die politische Mehrheit der Provinz in den nächsten sechs Jahren auf allen Ebenen der Institution verpflichten wird.

Das Provinzkollegium beabsichtigt jedoch nicht, während der Diskussionszeit die Tätigkeiten der Provinz – die von ihr initiierten oder getragenen Projekte und vor allem die erbrachten Dienstleistungen – zu unterbrechen.

Die Perspektive des angekündigten Wandels und die Bedeutung, die dieser Wandel mit sich bringt, machen allerdings deutlich, warum nicht alle im Folgenden angekündigten Vorschläge vollständig auf die angestrebte Neuausrichtung eingehen und warum deren Inhalte selbstverständlich nicht die Ergebnisse der Analyse und Debatte vorwegnehmen können, die im Hinblick auf die

angestrebte grundlegende Reform aller Dienstleistungen der Provinz erst geführt werden müssen.

Der Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, der vorsieht, dass die Politische Erklärung der Provinz innerhalb von zwei Monaten nach Einsetzung des Kollegiums verabschiedet werden muss, verlangt im Übrigen nicht, dass alle Maßnahmen darin erschöpfend dargestellt und erläutert werden. Dies ist nunmehr Gegenstand und Ziel des allgemeinen Richtlinienprogramms (PST), der seinerseits nach einer zweiten, längeren Frist vorgelegt werden muss.

Das politische Programm, innerhalb dessen sich die Tätigkeiten der Provinzen einordnen oder verändern werden, kann zu diesem Zeitpunkt bereits zusammenfassend wie folgt dargestellt werden:

1. Regierungsführung & Kommunikation

Die Provinz Lüttich möchte die Arbeitsweise des Provinzkollegiums und des Provinzialrats dynamisieren, aber auch die Arbeitsweise der Kommissionen und die Rolle der Ratsmitglieder in der „Assemblée des élus“ (Versammlung der Gewählten).

Insbesondere wird die Hausordnung des Provinzialrates überarbeitet, um während der Sitzungen eine dynamischere Interaktion zwischen den Ratsmitgliedern und dem Provinzkollegium zu ermöglichen.

Die Provinz Lüttich wird die Grundsätze und Verhaltensweisen der guten Regierungsführung bekräftigen, die Transparenz erhöhen und die interne und externe Kommunikation der Entscheidungen ihrer provinzipolitischen Organe und der Provinzpolitik im Allgemeinen verbessern.

Die Auflösung einer provinzialen VoG wird immer dann in Betracht gezogen, wenn diese Verwaltungsform sich nach einer Analyse der Strukturen und der spezifischen Situation des Personals für die entsprechende Zuständigkeit oder Tätigkeit nicht als absolut notwendig erweist.

Das Provinzkollegium wird dank der Sachkenntnis seiner Dienste weiterhin auf die Ordnungsmäßigkeit und die Qualität aller von ihm vergebenen provinziellen Aufträge achten, um die strikte Einhaltung der belgischen Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu gewährleisten.

Die Provinz Lüttich ist sich der Auswirkungen ihrer Entscheidungen in diesem Bereich bewusst und wird daher, wo immer möglich, (ethische, soziale und ökologische) Nachhaltigkeitsklauseln in öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge aufnehmen, um die Umwelt und die Arbeitsbedingungen bei der Auftragsvergabe besser zu berücksichtigen.

Der Zugang zu öffentlichen Aufträgen für KMU aus dem wallonischen Wirtschaftsgefüge wird dabei verbessert werden. Das Provinzkollegium wird auf eine Verkürzung

der Zahlungsfristen achten, um die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Außerdem wird das Kollegium in den Bedingungen der von ihm ausgeschriebenen öffentlichen Aufträge realistische Anforderungen stellen und gegebenenfalls die Zahl der Lieferpunkte begrenzen.

Um die Vergabe öffentlicher Mittel nach dem Gießkannenprinzip zu vermeiden, wird eine umfassende Auseinandersetzung mit den Vergabekriterien und der Überprüfung der Verwendung der Provinzzuschüsse angeregt. Die Wahrung des öffentlichen Interesses wird vom Antrag auf Gewährung bis zur Nachverfolgung systematisch angestrebt und überprüft. Gewährte Zuschüsse werden in ein Kataster eingetragen und von den Bürgern einsehbar sein.

2. Deutschsprachige Gemeinschaft

In Bezug auf die Beziehungen zur Deutschsprachigen Gemeinschaft, deren Gebiet bekanntlich vom Provinzgebiet abgedeckt wird, hat die Provinz Lüttich keinen Wunsch nach institutioneller Weiterentwicklung. Dennoch wird sie den Anliegen der deutschsprachigen Verantwortlichen weiterhin Aufmerksamkeit schenken und sie gleichzeitig für die Konsequenzen sensibilisieren, die sich aus den getroffenen Entscheidungen ergeben könnten.

So wird ein Raum für den Dialog mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufrechterhalten, wobei deren Besonderheiten berücksichtigt werden und ihr Wunsch

nach der Übertragung einer Reihe von Zuständigkeiten nicht unerwähnt bleibt.

Eine Prüfung des mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschlossenen Zusammenarbeitsabkommens wird unter Berücksichtigung der Forderungen ihrer Regierung und der neun deutschsprachigen Gemeinden durchgeführt.

Schließlich wird die dauerhafte Finanzierung der Hilfeleistungszone 6 geprüft.

3. Verwaltung der Ressourcen der Provinz

Da sich – ohne den Ergebnissen der Analysen und Überlegungen vorgreifen zu wollen – abzeichnet, dass die Entwicklungsschwerpunkte der Provinz in Zukunft auf die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und die Unterstützung der Gemeinden und der Hilfeleistungszonen ausgerichtet sein werden, ist es unerlässlich, unverzüglich personelle und finanzielle Mittel

bereitzustellen, um die mit dieser Entwicklung verbundenen Aufgaben zu sichern und zu vertiefen.

Dies wird natürlich durch eine Umgestaltung der Arbeitsweise der Provinzverwaltung unter Beibehaltung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen geschehen.

So wird beispielsweise in den nächsten zwei Jahren geprüft, ob die Bereiche Personal, Finanzen und Auftragswesen sowie bestimmte Rechtsbereiche im Sinne größerer Effizienz und Kohärenz unter der Operativen Generaldirektion zentralisiert werden sollten. So können die anderen Abteilungen ihre Aufmerksamkeit und ihre Mittel auf die reine Durchführung ihrer Aufgaben richten.

In diesem Zusammenhang wird auch der Dienst für Europäische Fonds, der die Dienste der Provinz bei der Ausarbeitung ihrer Projekte unterstützt, auf alle Verwaltungsebenen ausgeweitet. Im Rahmen eines proaktiven Akquisitionsansatzes soll dieser Dienst die für die Provinz relevanten Projektausschreibungen identifizieren.

Schließlich wird ganz allgemein auch erwogen, die Verwaltung und/oder Durchführung bestimmter Aufgaben teilweise und schrittweise extern zu vergeben.

a. Finanzen & Haushalt

Die letzte Legislaturperiode war für die lokalen Behörden der Wallonie besonders kompliziert: eine in jeder Hinsicht katastrophale Pandemie, eine rasante Inflation, die mit der Rückkehr des Krieges auf europäischen Boden zusammenhing und zu einem starken Anstieg der Lohn- und Baukosten führte, eine Energiekrise und schließlich ein starker Anstieg der Zinssätze.

In diesem schwierigen Kontext konnte die Provinz Lüttich die Früchte ihrer äußerst rigorosen Finanzverwaltung nutzen, um standzuhalten und die Qualität ihrer öffentlichen Dienste in allen Tätigkeitsbereichen auf einem hohen Niveau zu halten.

Aber die Provinz steht, wie die Städte und Gemeinden hier und anderswo, auch vor anderen Herausforderungen, die weniger konjunktureller als struktureller Natur sind: Die zunehmend hohe Pensionslast, die Kosten der zivilen Sicherheit, die Kosten der Energiewende und die Folgen des Klimawandels sind nur einige der wichtigsten Herausforderungen, denen sich die Provinz stellen muss.

Um die Provinz in die Lage zu versetzen, diese grundlegenden Herausforderungen von morgen zu bewältigen, wird das Provinzkollegium die strenge Verwaltung und unerlässliche Kontrolle der öffentlichen Ausgaben der Provinz fortsetzen und sich dabei insbesondere auf folgende Mittel stützen:

- sehr regelmäßige *Finanzberichte*, insbesondere über die Ausgaben;
- die Festlegung eines allgemeinen Haushaltsplans für die nächsten fünf Jahre, der dem Provinzialrat in einer öffentlichen Sitzung vorgelegt wird, ebenso wie der Jahreshaushalt und die im Laufe des Jahres durchgeführten Haushaltsüberwachungen;
- Instrumente zur bestmöglichen Kontrolle ihrer Entwicklung angesichts exogener Ereignisse mit strukturellen Auswirkungen auf die Institution durch eine besondere Überwachung der laufenden Ausgaben und der Verschuldung.

Das Provinzkollegium wird dafür sorgen, dass die strukturellen Ausgaben durch eine Reihe von Maßnahmen zur Neuorganisation der Arbeitsweise der Provinzdienste reduziert werden.

Die Steuern der Provinz werden trotz der verschiedenen großen finanziellen Herausforderungen, mit denen die Provinz Lüttich konfrontiert sein wird, nicht erhöht.

Für die verschiedenen Investitionen in Immobilien und Mobilien wird eine kohärente kurz-, mittel- und langfristige Perspektive entwickelt.

b. Provinzpersonal

Zusätzlich zu dem, was oben in Bezug auf die Wahrung der erworbenen Rechte und Vorteile des Provinzpersonals, auf das von ihm erwartete Engagement im Rahmen des angekündigten Wandels und auf die Zentralisierung der Funktionen der administrativen Unterstützung dargestellt wurde, möchte sich das Provinzkollegium auf eine starke Verwaltung stützen können. Diese soll sich aus einer hierarchischen Linie, die respektiert und zur Verantwortung gezogen wird, sowie aus motivierten, ausgebildeten und in ihrer Arbeit respektierten Mitarbeitern zusammensetzen.

Die Mitarbeiter sind der eigentliche Reichtum und die wichtigste Stärke unserer Institution. Es ist daher unerlässlich, dass sie alle Entscheidungen und Reformen, die von Provinzkollegium und Provinzialrat verabschiedet werden, mit Sorgfalt und Kompetenz verfolgen können.

Das Provinzpersonal soll Teil des Wandels sein, aber nicht darunter leiden.

Die Ausgaben für Personalressourcen werden im Interesse einer effizienteren und kohärenteren Verwaltung nach wie vor begrenzt, und zwar insbesondere durch:

- die Verabschiedung eines HR-Plans, der den Grundsatz und die Ausnahmen für die Nicht-Ersetzung von Abgängen – insbesondere bei der Pensionierung – während der nächsten Legislatur festlegt;
- die Fortsetzung des bereits eingeführten Ausgaben-Monitorings, da die Analyse durch die Personal- und Finanzabteilungen eine genaue und aktualisierte Erfassung des Personalbedarfs der Dienste und Abteilungen ermöglicht.

Die interne Mobilität des Personals wird durch eine gründliche Analyse des vor Ort festgestellten tatsächlichen Bedarfs fortgesetzt und intensiviert. Die Investition in geeignete Instrumente wird ermöglichen, interne Talente zu identifizieren und mit den Bedürfnissen der verschiedenen Abteilungen abzugleichen.

Im Sinne einer kontinuierlichen Kompetenzentwicklung wird der Fortbildungsplan für das Provinzpersonal angepasst. Er soll die Mitarbeiter begleiten und ihnen die Möglichkeit geben, Kompetenzen zu erwerben, mit denen sie die globalen Ziele der Verwaltung besser umsetzen können.

Im Rahmen des Wohlbefindens am Arbeitsplatz und der kontinuierlichen Verbesserung der Dienstleistungen der Provinz wird in dieser Legislaturperiode eine gründliche Analyse der psychosozialen Risiken nach Sektoren fortgesetzt, um die Faktoren zu identifizieren, die das Wohlbefinden der Arbeitnehmer beeinflussen können, und um einen geeigneten Präventionsplan umzusetzen.

Um die Auswirkungen von Abwesenheiten auf die Kontinuität der Tätigkeiten und die Qualität der Dienstleistungen zu verringern, wird die Einführung einer proaktiven und koordinierten Politik zur Bekämpfung von Abwesenheiten fortgesetzt. Die Maßnahmen umfassen Prävention, Sensibilisierung und Unterstützung, um die Motivation und das Engagement der Mitarbeiter zu fördern.

Um die Kaufkraft zu stärken und die Arbeitnehmer in ihrem Alltag zu unterstützen, wird schließlich die Gewährung von Sozialvorteilen in Form von Verpflegungsgutscheinen („chèques-repas“) für das Provinzpersonal in Betracht gezogen. Diese Maßnahme würde auch einen Anreiz im Hinblick auf die Verringerung der Abwesenheiten und die notwendige Wertschätzung der Mitarbeiter darstellen.

Die Home-Office-Politik wird weiterhin bewertet und gegebenenfalls angepasst.

Diese Initiativen zielen darauf ab, ein stimulierendes, integratives und die Bedürfnisse der Mitarbeiter respektierendes berufliches Umfeld zu schaffen, das es ermöglicht, die Kontinuität des öffentlichen Dienstes der Provinz zu gewährleisten, und zwar mit Effizienz und Verantwortung – trotz der haushaltspolitischen Herausforderungen.

Eine weitere, eher punktuelle Maßnahme verdeutlicht ebenfalls den Willen des Provinzkollegiums zur Kostendämpfung: Es wurde beschlossen, einen Fahrerpool für die Provinzbehörden einzurichten.

Damit wird die namentliche Zuweisung eines Fahrers an jeden Abgeordneten beendet. Die Fahrer, die dem Pool angehören, werden nun zusätzlich zu ihrer ursprünglichen und bisherigen Aufgabe für Fahrten mit allen Fahrzeugtypen eingesetzt, die den Fuhrpark der Provinz bilden und decken so den Bedarf an verschiedenen Fahrten innerhalb der Verwaltungsdienste. Als Folge dieser Maßnahme wurden die Kabinette der Provinzabgeordneten um jeweils ein Mitglied verkleinert.

c. Kulturerbe der Provinz, Gebäude & Investitionen

Das Kollegium wird die bereits eingeleitete Dynamik der Rationalisierung des Immobilienvermögens fortsetzen, das für die Aufgaben des öffentlichen Dienstes eingesetzt wird. Diese Rationalisierung stellt sicher, dass die notwendigen Arbeiten zur Erhaltung der Gebäude durchgeführt werden, die für die ordnungsgemäße Ausführung der provinzialen Aktivitäten erforderlich sind.

Es wird alles getan, damit die Bausubstanz der Provinz mit der in der vorliegenden Politischen Erklärung der Provinz dargelegten Entwicklung der Institution Schritt halten kann: Sicherung der Infrastruktur, Einhaltung der geltenden Normen, Wohlbefinden und Beantwortung der angemessenen Ansprüche der Nutzer der Gebäude, Verbesserung des Energiemanagements, um aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden, Suche nach innovativen und effizienten Lösungen für Infrastrukturprobleme, Weiterbildung der Arbeiter und des technischen Personals für neue Arbeitsweisen...

Besondere Aufmerksamkeit wird den planbaren Immobilieninvestitionen gewidmet, und zwar im Hinblick auf die erhalten gebliebenen Aufgaben oder die Entwicklungsmöglichkeiten.

So wird eine globale und dynamische Sicht auf das Immobilienvermögen entwickelt, insbesondere mithilfe nützlicher IT-Tools. Die Beschaffung von Zuschüssen für geplante Baustellen und Arbeiten – im Einklang mit den personellen und finanziellen Kapazitäten der Provinz – wird dabei durch die Beantwortung von regionalen und föderalen Projektausschreibungen verstärkt.

d. Digitalisierung

Die Digitalisierung verbessert nicht nur die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Dienstleister, sie ist auch eine strategische Ressource, die den Auftrag der öffentlichen Dienstleistung unterstützt: Sie ermöglicht schnellere, effizientere und besser auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter und Nutzer zugeschnittene Dienstleistungen.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen und der täglichen Risiken, denen insbesondere öffentliche Einrichtungen ausgesetzt sind, muss die IT-Sicherheit eine Priorität bleiben, um die Kontinuität und Qualität der Dienstleistungen für die Bürger sowie einen wirksamen Schutz der Daten zu gewährleisten. So wird die Provinz Lüttich auch weiterhin alles daran setzen, um gegen Risiken gewappnet zu sein und immer auf dem neuesten Stand zu sein – im Sinne der Gewährleistung einer kontinuierlichen und gesunden Verwaltung ihrer Dienste.

Mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung und einer erhöhten Betriebsfähigkeit – gekoppelt an eine umweltfreundlichere Ausrichtung – will das Kollegium sein Beschlussfassungsverfahren und die Rechnungsbearbeitung vollständig entmaterialisieren. Damit werden jährlich fast 9.000 Berichte und 30.000 Rechnungen digitalisiert und nicht mehr in Papierform bearbeitet.

Insbesondere im Unterrichtswesen wird eine maximale digitale Vernetzung in den Schulen erstrebt, bei gleichzeitiger Kostenbegrenzung.

e. Kommunikation

Im Hinblick auf Rationalisierung und Modernisierung wird eine gründliche Analyse bezüglich der internen und externen Kommunikation eingeleitet. Die Optimierung bestehender Prozesse und die Stärkung des organisatorischen Zusammenhalts sind Teil dieser Initiative. Die Modernisierung unserer digitalen Arbeitsmittel wird ein zentraler Schwerpunkt dieser Reform sein, mit dem Ziel, den reibungslosen Austausch und die Planung der Tätigkeiten zu verbessern.

Darüber hinaus wird nach und nach eine Neuorganisation eingeführt, die auf klaren und strategisch durchdachten Organigrammen beruht. Diese baut auf der bereits begonnenen Zusammenlegung der Kommunikationsdienste auf und wird diese Dynamik weiter verstärken.

Darüber hinaus wird der Entwicklung strategischer Partnerschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Vernetzungen werden es ermöglichen, die von oder innerhalb der Provinz Lüttich durchgeführten Aktionen effektiv aufzuwerten und weiterzuvermitteln und so die Sichtbarkeit und Reichweite unserer Initiativen zu erhöhen.

4. Unterrichtswesen

Die Provinz Lüttich ist eine intermediäre Behörde und stellt im Bildungsbereich eine relevante Ebene dar.

Seit über 100 Jahren reagiert sie auf den Bedarf an Ausbildungen und Wissen auf ihrem gesamten Gebiet und organisiert eine Sekundar- und Hochschulbildung, die auf qualifizierende Ausbildungen ausgerichtet ist. Im Laufe seiner Geschichte hat sich das Unterrichtswesen in der Provinz Lüttich stets an die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst.

Dank dieser Anpassungsfähigkeit ist die Provinz Lüttich bereit, ihren Beitrag und ihr Fachwissen zur Umsetzung der in der Erklärung der Gemeinschaftspolitik (DPC) angekündigten Maßnahmen und Reformen zu leisten und wird darauf hinarbeiten, so wie sie es als auf Synergien bedachter Organisationsträger schon immer getan hat.

Dies wird zunächst die Zusammenlegung der Netzwerke des offiziellen Unterrichtswesens betreffen. Um diese Zusammenführung vorzubereiten, wird die Schaffung einer einheitlichen Dachorganisation in die Wege geleitet, die es ermöglicht, gleich zu Beginn der Legislaturperiode die Zusammenarbeit unter Wahrung der jeweiligen Besonderheiten und Kompetenzen aufzunehmen.

Dies gilt auch für den Aufbau einer herausragenden dualen Ausbildung im berufsqualifizierenden Sekundarunterricht, in der Erwachsenenbildung und im Hochschulunterricht. Wann immer es die pädagogische Modalität zulässt, wird das duale System im Unterricht bevorzugt, indem Partnerschaften mit Anbietern von Berufsausbildungen gefördert werden.

Diese globale Vision, die technologische Innovation mit optimaler Koordination verbindet, spiegelt unser Bestreben wider, dem öffentlichen Interesse effizient und transparent zu dienen.

In den Sekundarschulen wird die Einführung wahrer polytechnischer Pflichtkurse unterstützt. Auf der Grundlage der seit mehreren Jahren laufenden Arbeiten zu diesem Thema sollen in der dritten Sekundarstufe noch mehr Orientierungsaktivitäten entwickelt werden. Ziel ist es, dass die qualifizierende Ausbildung, die die Möglichkeit zum Erlernen eines Berufes bietet, als qualitativ hochwertiges Bildungsangebot wahrgenommen wird. Im Rahmen einer umfassenden Partnerschaft mit den anderen Bildungseinrichtungen der Provinz, der „Cité des métiers“, den Spitzentechnologiezentren, den Kompetenzzentren usw. werden Aktivitäten, die es den Schülern ermöglichen, ihre Berufswahl zu präzisieren, in den Lehrplan bis einschließlich der dritten Klasse aufgenommen.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Reform bezüglich des qualifizierenden Bildungswegs („Parcours d’Enseignement Qualifiant“, PEQ) alle Möglichkeiten geprüft, die zu einer Neugestaltung des Ausbildungsangebotes führen. Das Angebot muss an die Realitäten des Sektors angepasst werden, wobei die Unterstützung des Personals erhalten bleiben muss.

Die Neuorganisation der Erwachsenenbildung ist bereits Teil der von den wallonischen Regierungen und der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel angestrebten systemischen Reform des qualifizierenden Unterrichts, der dualen Ausbildung, der Erwachsenenbildung und der Berufsausbildung.

Tatsächlich sind die Erwachsenenbildungsinstitute seit langem ein zentraler Bestandteil des Ökosystems der beruflichen Aus- Und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung. Durch die Diplomausbildungen, die in den „Instituts Provinciaux d’Enseignement et de

Formation pour Adultes“ (IPEFA) organisiert werden, sind sie der bevorzugte Bildungsanbieter für Erwachsene, die ein Studium wiederaufnehmen, sich beruflich umorientieren (einschließlich Erziehungspersonal) oder nach Weiterbildungen oder kapitalisierbaren Mikrozertifikaten suchen, um beispielsweise ein Diplom zu erhalten.

Darüber hinaus wird die Zusammenlegung der beiden Institute, die derzeit ausschließlich Hochschulbildung organisieren (IPEFA Sup), in Betracht gezogen und ihre Zusammenarbeit mit der Hochschule der Provinz Lüttich verstärkt.

Im Bereich der Hochschulbildung wird die Hochschule der Provinz Lüttich weiterhin berufsbildende Studiengänge in den Bereichen Geisteswissenschaften, Gesundheitswissenschaften, Digitalisierung, aber auch in den Studiengängen Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen, Kunst und Mathematik in einem kollaborativen Rahmen organisieren, der zu einer besseren Nutzung der Ressourcen beiträgt.

Die Hochschule wird über ihre Beteiligung an einem europäischen Hochschulverbund ihre Internationalisierungsstrategie fortsetzen, insbesondere durch die Entwicklung von Studiengängen in Partnerschaft mit ausländischen Einrichtungen. Sie wird auch weiterhin Projekte der angewandten Forschung

entwickeln, um ihre Finanzierungsquellen durch die erhaltenen Zuschüsse zu diversifizieren und mit den tatsächlichen Marktbedürfnissen Schritt zu halten. Darüber hinaus werden die aus der Zusammenarbeit entstehenden Innovationen die regionale Wirtschaft beleben und der Gesellschaft einen greifbaren Nutzen bringen.

Alle Möglichkeiten zur Rationalisierung des Hochschulangebots in der Provinz Lüttich werden geprüft, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit anderen Hochschuleinrichtungen.

Schließlich wird das Unterrichtswesen der Provinz Lüttich die Umsetzung seiner digitalen Strategie fortsetzen, indem es einerseits die digitalen Kompetenzen von Lehrern, Schülern und Studenten stärkt und andererseits seine Strategie der individuellen digitalen Ausstattung von Schülern und Lehrern intensiviert. Die Hochschule wird außerdem für alle Studenten einen Kurs über künstliche Intelligenz organisieren, um einen verantwortungsvollen und durchdachten Umgang mit ihr zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Lehrerfortbildung geschenkt, um sie noch besser auf den Alltag als Lehrer abzustimmen, indem Themen wie Medienkompetenz, Nutzung digitaler Werkzeuge und künstliche Intelligenz Vorrang eingeräumt wird.

5. Aus- und Weiterbildung

Wie bei anderen Abteilungen und Diensten der Provinz werden die Aufgaben und Tätigkeiten der Abteilung Aus- und Weiterbildung durch die Erklärung zur Regionalpolitik beeinflusst.

Mehrere Projekte, die die Abteilung in den nächsten Jahren durchführen wird, müssen jedoch auch oder sogar hauptsächlich das föderale Regierungsabkommen berücksichtigen. Die Polizeischule und die Feuerweherschule unterliegen föderalen Gesetzen auf der Ebene des Innenministeriums, während die Provinzschule für medizinische Notfallhilfe (EPAMU) föderalen Gesetzen auf Initiative des Gesundheitsministeriums unterliegt.

Auch wenn die Schwerpunkte der nächsten föderalen Politik noch nicht bekannt sind, zeichnen sich bereits mehrere Entwicklungsperspektiven für die Abteilung Aus- und Weiterbildung ab, die das Provinzkollegium aufgreifen möchte. Dies gilt insbesondere für den gemeindeübergreifenden Charakter der Maßnahmen der Provinz, der von der Wallonischen Regierung in ihrer Erklärung zur Regionalpolitik befürwortet wird.

Die Abteilung für Aus- und Weiterbildung setzt sich täglich für die lokalen Behörden, Hilfeleistungszonen und Polizeizonen ein, und wird dies auch in Zukunft tun.

Die Verwaltungsschule der Provinz wird einen sich ständig weiterentwickelnden Aus- und Weiterbildungskatalog anbieten, der sich an die Reform anpasst, die die neuen Grundsätze des öffentlichen Dienstes auf lokaler und Provinzebene festlegt. Sie wird den Aus- und Weiterbildungsbedarf der lokalen Behörden aufmerksam verfolgen, um ihnen die Schulungen anzubieten, die ihren Erwartungen am besten entsprechen. Dabei wird sie gegebenenfalls auf die Zusammenarbeit mit anderen Anbietern zurückgreifen und die Zusammenarbeit mit anderen Schulen der Provinz verstärken.

Das Provinziale Ausbildungsinstitut für Bedienstete der Sicherheits- und Rettungsdienste (IPFASSU) wird die Entwicklung interdisziplinärer Aus- und Weiterbildungen fortsetzen und weiterhin der Garant für den reibungslosen Betrieb seiner drei Schulen sein:

- Die Polizeischule wird ihre Zusammenarbeit mit der Verwaltungsschule der Provinz (EPA) und mit der Hochschule der Provinz Lüttich im Rahmen der Reform der Polizeiausbildung fortsetzen. Sie wird auch mit Sekundarschulen zusammenarbeiten, indem sie sich an der Organisation der Ausbildungsgänge „Anwärter/-in für die Berufe in der Landesverteidigung, der Prävention und der Sicherheit“ und „Assistent/-in für die Berufe der Prävention und der Sicherheit“ beteiligt, und mit den Provinzschulen für Erwachsenenbildung, indem sie sich an der Vorbereitungsausbildung für die Auswahlprüfungen für die Ausbildung zum Polizeiinspektor beteiligt.
- Die Feuerweherschule wird in ständigem Kontakt mit den Hilfeleistungszonen auf dem Gebiet der Provinz bleiben. Sie wird ihr Angebot an die Ausbildungspläne der Zonen anpassen, insbesondere durch die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Verwaltungsschule der Provinz (EPA) und den Ausbau ihres Fernunterrichtsangebots, um den Bedürfnissen und Besonderheiten der einzelnen Zonen gerecht zu werden, sowohl für die Berufsfeuerwehr als auch für die Freiwilligen. Sie wird ihre Rolle als pädagogischer Garant bei der Organisation von Bildungsgängen bekräftigen und so deren Qualität sicherstellen. Die

Entwicklung des praktischen Ausbildungszentrums in Amay wird fortgesetzt, wobei sowohl die Bedürfnisse der Hilfeleistungszonen als auch die Zuschuss- und Investitionsmöglichkeiten der Provinz berücksichtigt werden.

- Die Provinzschule für medizinische Notfallhilfe (EPAMU) wird Simulationen in Lernprozessen und Ausbildungen, an deren Organisation sie beteiligt ist, weiterentwickeln. Sie wird darauf achten, dass sie weiterhin die treibende Kraft für die Ausbildung von Rettungssanitätern bleibt, insbesondere wenn sich die Übertragung der Zuständigkeit auf die föderierten Teilgebiete bestätigt. Die EPAMU wird, gegebenenfalls in Partnerschaft mit anderen Akteuren, die Entwicklung und Organisation von zertifizierten Ausbildungsgängen fortsetzen.

Was das Zentrum für berufliche Neuorientierung in Tinlot betrifft, so wird es seine Aufgaben in einem neuen Rahmen fortsetzen, nachdem am 1. Juli 2024 die Koordinierung der wallonischen CFISPA (Angepasste Zentren für Ausbildung und sozialberufliche Eingliederung) von der AVIQ an die Direktion für Berufsbildung des ÖDW Beschäftigung und Ausbildung übertragen wurde. Die Anpassung der Modalitäten der individuellen Begleitung in die Beschäftigung und während der Beschäftigung wird eine weitere Priorität sein.

6. Tourismus

Für die neue Legislaturperiode wurden mehrere Ziele festgelegt, um den Tourismussektor zu fördern und die provinziellen und paraprovinzialen Akteure der Provinz zu unterstützen.

Das strategische Ziel besteht darin, eine Analyse durchzuführen, um die Rechtsstruktur zu bestimmen, die für jede Einheit am besten geeignet ist, wobei die Funktionsweise der Einheiten und die Herausforderungen bei der Koordinierung berücksichtigt werden. Diese Analyse ist von entscheidender Bedeutung, da die Wahl der Rechtsform die Fähigkeit der Organisation beeinflusst, ihre Aufgaben zu erfüllen, ihre Tätigkeiten effizient durchzuführen und ihre spezifischen Verpflichtungen einzuhalten. Die Schlussfolgerungen aus dieser Analyse werden es ermöglichen, den Beitrag der Provinz zum Tourismussektor zu optimieren und die Anzahl der Strukturen rund um die Institution und ihre Dienstleistungen zu reduzieren.

Die paraprovinziale VoG „Fédération du Tourisme de la Province de Liège“ (FTPL, Tourismusverband der Provinz Lüttich) wird die kurz- und mittelfristig eingeleiteten Aufgaben und Projekte weiterentwickeln, die sozioökonomische Auswirkungen für das Gebiet haben, so beispielsweise die Fertigstellung der touristischen Fahrradwege und der Aufbau des Ardent Trail Center VTT. Mit eventuellen Neuausrichtungen soll die Begleitung in den Bereichen Vermarktung, Vernetzung, Ausbildung und Labelisierung fortgesetzt werden.

Eine strategische Analyse des Nutzens und der Relevanz der Aufgaben der FTPL wird eingeleitet, indem ein Austausch mit den Begünstigten (Gemeinden, Organisationen, Dienstleister) über folgende Themen geführt wird: ihre Erwartungen in Bezug auf die Entwicklung der lokalen Wirtschaft, die Stärkung der regionalen Attraktivität, die Förderung von Innovation, den Schutz des Kulturerbes, die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Verringerung von Ungleichheiten. Anschließend werden Gespräche mit den Partnerinstitutionen geführt, um die Schwerpunkte zu ermitteln, in denen die Ebene der Provinz einen Mehrwert bietet.

Schließlich wird die FTPL die Betreuung der (para)provinziellen Standorte fortsetzen, um ihre Funktionsweise zu optimieren, ihre Attraktivität zu steigern und ihre Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen zu verringern.

Die Provinzdomäne Wégimont wird ihrerseits versuchen, den sozialen Tourismus zu fördern, indem sie alle Zugangsmöglichkeiten und vielfältige und angepasste Empfangseinrichtungen sowie pädagogische Betreuung für Kinder- und Schulgruppen (Ausflüge, Entdeckungstage, pädagogische Entdeckung des Kulturerbes der Provinz...) an einem sicheren Ort mit Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten anbietet. Dazu kommt punktuell die Organisation von sportlichen und kulturellen Veranstaltungen und/oder von Veranstaltungen in Bezug auf den Gruppentourismus und MICE („Meetings, Incentive, Conferences, Exhibitions/Events“), unbeschadet der beiden vorhergehenden Schwerpunkte.

Das Schloss Jehay, das kulturelle und touristische Juwel der Provinz Lüttich, ist bekanntlich ein außergewöhnliches Kulturerbe. Die Besucher erwarten ein unvergessliches Erlebnis, bei dem sich Erbe, Kultur, Geschichte, Natur und Veranstaltungen harmonisch miteinander verbinden. Seine Entwicklungsschwerpunkte werden darin bestehen, die Stärken der Domäne weiter zu nutzen und die Reichweite und Attraktivität des Standorts zu erhöhen, insbesondere durch:

- die Organisation von internen Ausstellungen, um die Sammlungen des Schlosses hervorzuheben;
- die Veröffentlichung von Büchern, die Organisation von Konferenzen und Fachtagungen vor Ort;
- immersive und innovative Besuchererlebnisse, einschließlich des Einsatzes digitaler Werkzeuge;
- die Öffnung des Parks für temporäre Ausstellungen in Zusammenarbeit mit kulturellen Akteuren;
- das Angebot von pädagogischen Aktivitäten und der Zusammenarbeit mit Schulen;
- die Einrichtung von Lernpfaden mit Schwerpunkt auf die Artenvielfalt;
- die Fortführung der Organisation von Veranstaltungen, um die Reichweite und Attraktivität der Domäne zu erhöhen;

- die Untersuchung der Möglichkeit, ein HORECA-Angebot zu entwickeln, das den Erwartungen der Besucher entspricht ;
- die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten am Schloss, um es wieder für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ähnlich wie das Schloss Jehay ist das Museum des wallonischen Lebens zwar in erster Linie ein kultureller Akteur, doch muss es in die strategischen Überlegungen des

Tourismussektors als Empfangsort und Schaufenster der Provinz einbezogen werden.

Das ehrgeizige Ziel ist, die institutionellen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Tourismus seine wirtschaftliche Rolle spielen kann. Tatsächlich generiert dieser Sektor durch die Ausgaben der Besucher hohe Einnahmen, schafft direkte und indirekte Arbeitsplätze, fördert Investitionen in die Infrastruktur, unterstützt die lokale Wirtschaft (Handwerk, Kultur) und trägt nicht zuletzt auch zu den Steuereinnahmen bei.

7. Kultur

Die Kulturpolitik der Provinz Lüttich ist ein wesentlicher Pfeiler des Kultursektors und unterstützt insbesondere das künstlerische Schaffen, das öffentliche Lesen, Ausstellungen und die Kulturvermittlung. Öffentliche Maßnahmen in diesem Bereich sind für die individuelle Emanzipation und den kreativen Ausdruck in einer demokratischen Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. Als Ergänzung zur Föderation Wallonie-Brüssel ist die Provinz aktiv bei der Förderung des reichen lokalen Kulturlebens und bei der Verwaltung des B3 und des Museums des wallonischen Lebens.

In dieser Legislaturperiode soll auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinden bei der Präsentation der Werke verstärkt werden.

Im Hinblick auf das Museum des wallonischen Lebens sollen Überlegungen zur Änderung des Namens angestellt werden. Gleichzeitig sollen die Hauptaufgaben des Museums optimal entfaltet werden, um eine erneute Anerkennung in der höchsten Kategorie zu erreichen.

Die Dauerausstellung wird modernisiert, indem ein dynamischer, flexibler und nutzerorientierter Rundgang geschaffen wird, der museografische und gesellschaftliche Entwicklungen einbezieht und einen neuen narrativen Rahmen schafft, der die Besucher zum Entdecken, Erinnern, Vergleichen, Erzählen und Reflektieren anregt.

In seiner Rolle als Kulturvermittler wird das Museum besonders darauf achten, den Dialog zwischen Publikum, Objekten und Inhalten zu gestalten, das Gesagte greifbar zu machen, Fragen zu wecken, zur Debatte anzuregen, zu inspirieren und neue Horizonte zu eröffnen. In diesem Rahmen werden alle Zielgruppen angesprochen, mit besonderem Augenmerk auf Schulklassen (Gedächtnis, Folklore, Traditionen, Authentizität). Die Partnerschaften in konzentrischen Kreisen (Stadt-Provinz - „Musées et Société en Wallonie“ (MSW) – International Council of Museums (ICOM) – Euregio) und das Netzwerk TMS (The Museum System) auf dem Gebiet der Provinz werden weiter ausgebaut oder intensiviert.

Das Museum des wallonischen Lebens muss sich als wichtiger touristischer Akteur positionieren. In diesem Rahmen wird es mit dem Tourismussektor zur gegenseitigen Stärkung und Integration der Angebote für Gruppen und MICE zusammenarbeiten. Das Chamart/Künstlerhaus wird renoviert, und schließlich werden auch Synergien rund um einen Wallonischen Pol (Sprache und Folklore) mit der Dialektbibliothek des MVW, dem „Fonds d’histoire du Mouvement Wallon“ (MVW), dem Sektor des Wallonischen Theaters, dem Museum Tchantchès und dem Trianon entwickelt.

Das Ressourcenzentrum (Öffentliches Lesen, Vermittlung und Projektmanagement) wird sich mit der Entwicklung von Sprachpraktiken, dem Schutz und der Verbreitung von Büchern sowie der Stärkung wirtschaftlicher, kul-

tureller und sozialer Achsen befassen. Es soll über die Auswirkungen von KI auf den Buchsektor, die Entwicklung von Leseorten zu dritten Orten, die Entwicklung der Kunstkultur und die Verbreitung der Kultur „außerhalb der Mauern“ zur Unterstützung der Gemeinden nachgedacht werden. Soziale Eingliederung und Jugendhilfe werden in dieser Legislaturperiode ebenfalls auf der Agenda des Zentrums stehen.

Die Zugänglichkeit des B3-Standorts (Fahrräder und Öffnungszeiten) wird ebenfalls untersucht oder verbessert.

Als provinzielles Zentrum für Kreation und Verbreitung wird das B3 – mit seinem Labor der Möglichkeiten und seinem Unternehmensinkubator – unter anderem die Aufgabe haben, eine zentrale Anlaufstelle für Künstler und Kulturunternehmer zu schaffen. Dies soll durch die Einrichtung eines Künstlerhauses erfolgen. Zudem soll das B3 über sein Ressourcenzentrum und sein Labor der Möglichkeiten wird die Schaffung oder aktive Teilnahme an einer „Gaming- und KI-“Branche im öffentlichen Dienst und im Kulturdienst fördern.

Am Standort „Kurth“ soll ein Zentrum für zeitgenössische Kunst und Kunsthandwerk (Kollector) eingerichtet werden. Dabei werden die Zentren für Ausdruck und Kreativität („Centres d'Expression et de Créativité“, CEC) und das Spitzenkunsthandwerk unterstützt und ausgebaut. Durch Ausstellungen und Kreativwerkstätten werden Synergien zwischen zeitgenössischer Kunst und Handwerk geschaffen. Außerdem wird ein Angebot an Künstlerresidenzen im Dienste der gemeinnützigen Vereine und der Kulturzentren in Betracht gezogen.

Die Aktivitäten des OM in Seraing sind darauf ausgerichtet, das musikalische Schaffen durch begleitende Programme zu unterstützen, aber auch die Verbreitung der musikalischen Werke durch die Veranstaltungen Nuits Indés/ Indoor zu gewährleisten.

Die „Rencontres du théâtre pour jeune public“, die die Komplementarität zwischen der Provinz Lüttich und der Föderation Wallonie-Brüssel symbolisieren, werden weiterhin das Schaffen und die Verbreitung von Theaterstücken für junges Publikum unterstützen. Einmal jährlich werden Programmgestalter und Veranstalter dieser Art von Aufführungen zusammengebracht.

Das Schloss Jehay wurde bereits als Standort für Tourismus und Kultur erwähnt. Das urtümliche Schlossinnere wird in Zusammenarbeit mit Kulturdiensten wie Projektmanagement, Vermittlung, Museum des wallonischen Lebens usw. genutzt. Der angrenzende Park steht als Fläche für zeitgenössische Kunst sowie Ausstellungen lokaler Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung.

Die Erstellung eines Kulturkalenders wird in Erwägung gezogen, hängt aber natürlich davon ab, ob sich die einzelnen Akteure verpflichten, ihre Aktivitäten in den Kalender einzutragen. Um diese Initiative zu starten, kann die Provinz wesentliche Informationen von den Begünstigten ihrer Zuschüsse erhalten. Diese Auflistung würde dann die Grundlage für den Terminkalender bilden, der über eine entsprechende Schnittstelle erstellt und herausgegeben wird.

Seine Verbreitung in der gesamten Provinz würde zu einer Neubelebung führen und den kulturellen Reichtum unserer Region hervorheben.

Indem der Kultursektor der Provinz das künstlerische Schaffen und die Verbreitung durch verschiedene Projekte und Kooperationen unterstützt, möchte er sich auch an der Organisation von Großveranstaltungen beteiligen.

Durch das Wirken der Abteilungen Tourismus und Sport soll die Attraktivität der Region gesteigert und gleichzeitig soziales Handeln und Wirtschaftswachstum gefördert werden.

8. Gesundheit und Soziales

Die Abteilung Gesundheit und Soziales wird ihre Arbeit fortsetzen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, indem sie auf die spezifischen Bedürfnisse im Bereich Gesundheit und Soziales eingeht. Diese bereits in der letzten Legislaturperiode begonnene Dynamik hat zur Umstrukturierung und Zusammenlegung der Dienststellen am Standort Saint-Laurent in Lüttich geführt.

Die zusätzliche Integration des Beratungsdienstes in die Abteilung wird neue Perspektiven eröffnen und ermöglicht es, innerhalb der Abteilung Gesundheit und Soziales die Kohärenz der Hilfsmaßnahmen zu stärken. Diese Annäherung wird dazu führen, dass die Aufgaben der psycho-medizinisch-sozialen Zentren (PMS), der Gesundheitsförderung an Schulen (PSE), des PESH-Büros („Pour une Ecole Sans Harcèlement“, dt. „Für eine Schule ohne Mobbing“) und des Projekts „Espace Tremplin“ – einerseits – mit denen des Zentrums für familiäre Hilfe (CAD), des Openado-Dienstes, des Dienstes für Chancengleichheit und des Animationsdienstes des Zentrums für Förderung und Animationen (PPA) – andererseits – in Einklang gebracht werden. Diese Zusammenarbeit wird einen umfassenden und integrierten Ansatz für die Bedürfnisse junger Menschen fördern, der die physische, psychische und soziale Dimension ihrer Gesundheit berücksichtigt.

Die von der Wallonischen Region anerkannten Aktionen der Brustkrebsvorsorge und die Kampagne „Liège Province Festive“ werden sich weiterhin in enger Anlehnung an die regionalen, föderalen und europäischen Politiken und Prioritäten weiterentwickeln.

Parallel dazu wird das Beobachtungszentrum für Gesundheit seine digitale Entwicklung und seine Zusammenarbeit mit den anderen Beobachtungszentren der Provinz und des AVIQ-Dienstes für Beratung, Strategie und Zukunftsplanung im Rahmen ihres Kooperationsabkommens fortsetzen.

Dadurch wird die Ergänzungsfähigkeit zwischen der Provinz- und der Regionalebene gestärkt und dem Beobachtungszentrum der Auftrag erteilt, eine treibende Kraft für die Ausarbeitung von Vorschlägen zu werden.

Das Beobachtungszentrum wird auch dazu beitragen, den Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung zu messen. Besondere Aufmerksamkeit wird Initiativen gewidmet, die auf eine optimale Zugänglichkeit im gesamten Gebiet abzielen.

Andere Dienste, wie insbesondere die Anlaufstelle für Gesundheit und Soziales (CASS), der Dienst für Sportmedizin, der Förderungsdienst des PPA und das Verzeichnis der Lütticher Vereine für Gesundheit und Soziales (ALISS), werden Gegenstand einer eingehenden Analyse gemäß der festgelegten Methodik und Grundprinzipien sein, d. h. Ergänzungsfähigkeit, Gebietsrelevanz, kontinuierliche Bewertung und Optimierung der Ressourcen. Diese Aufgaben müssen so angepasst werden, dass sie den ermittelten Bedürfnissen effektiv entsprechen und gleichzeitig einer Logik der Rationalisierung und Effizienz folgen.

Schließlich muss die Tätigkeit des Dienstes für medizinische Kontrolle der Provinz (SPCM) angesichts der Existenz anderer ähnlicher Akteure analysiert, seine Aufgaben neu definiert und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden.

Durch die Fortsetzung dieses methodischen und abgestimmten Ansatzes strebt die Abteilung Gesundheit und Soziales an, gezielter und kohärenter auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und gleichzeitig die Wirkung der investierten Ressourcen zu maximieren.

9. Landwirtschaft und Ländlicher Raum

Die Zukunft der Abteilung Landwirtschaft und Ländlicher Raum der Provinz Lüttich muss auf der Grundlage einer strategischen Umstrukturierung gesehen werden. Ziel ist es, einen leistungsfähigeren und effizienteren öffentlichen Dienst zu gewährleisten, der an die aktuellen Prioritäten im Bereich der ländlichen Entwicklung, der Landwirtschaft und des ernährungswirtschaftlichen Wandels angepasst ist.

Das von der Wallonie und Europa anerkannte und mitfinanzierte Provinziale Zentrum für Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Landwirtschaft und ländlicher Raum (CPFAR) wird auch weiterhin innovative und vielfältige Ausbildungen anbieten, die auf die Bedürfnisse der derzeitigen Akteure, der zukünftigen Berufstätigen, der Quereinsteiger und der umweltbewussten Bürger zugeschnitten sind. Diese Ausbildungen werden darauf abzielen, die Herausforderungen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung in Bereichen wie Lebensmittelverarbeitung, Bienenzucht, Gartenbau, Weinbau und Brauwesen zu bewältigen und dabei die Grundsätze der Nachhaltigkeit, Innovation und Anpassung an den Klimawandel zu integrieren. Das CPFAR wird auch die Kreislaufwirtschaft und kurze Vertriebswege unterstützen, insbesondere durch seine Einmachküche, seine Imkerei und seinen didaktischen Weinberg.

Das Labor der Provinz, das Mitglied des Netzwerks REQUASUD („Réseau Qualité Sud“) ist und von der Wallonie bezuschusst wird, hat in der vorherigen Legislaturperiode eine Neuausrichtung seiner Aktivitäten auf die Nachhaltigkeit von Lebensmitteln eingeleitet, die sich an den Primärsektor (Landwirte, Gemüsegärtner usw.) richtet und sich an die landwirtschaftlichen Besonderheiten des Provinzgebiets anpasst. Es wird eine eingehende Beratung mit den anderen wallonischen Laboren durchgeführt, um die Ressourcen zu optimieren, während über den Mehrwert nachgedacht wird, den die Zusammenlegung der Aktivitäten des Provinzlabors an einem einzigen Standort mit sich bringen würde.

Die Probenahme- und Beratungsdienste werden angepasst und ausgebaut, um den Erwartungen der landwirtschaftlichen Akteure präzise und effizient zu entsprechen.

Auf Provinzebene wird die bereits bewährte technische Begleitung des Gemüseanbaus auf lokaler Ebene und in Gemeinschaftsgärten ebenso fortgesetzt wie die Unterstützung lokaler Erzeuger bei der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben.

Die Maßnahmen des Zentrums für Landwirtschaft und ländlichen Raum, wie z. B. die tierärztliche Betreuung in der Viehzucht, die Förderung von Beziehungen zwischen Bürgern und Landwirtschaft sowie die Aufwertung der Ernährungsberufe, werden Gegenstand von Überlegungen sein, um den Anforderungen der Akteure vor Ort gerecht zu werden. Diese Aufgaben können angepasst werden, um den so ermittelten Bedarf auf dem Gebiet der Provinz effektiv zu decken, wobei eine Logik der Ressourcenoptimierung und Effizienzsteigerung beachtet werden muss.

Die Bereitstellung von Ressourcen der Provinz für gemeinnützige Vereinigungen wie das Zentrum für Förderung und Betriebsführung der Landwirtschaft der Provinz (CPL-Promogest) und das Zentrum für Pflanzen- und Gemüseproduktion der Provinz Lüttich (CPL-Végémar) – beide als Pilotzentren von der Wallonischen Region anerkannt und kofinanziert – wird angepasst, um den sich wandelnden Bedürfnissen des Sektors gerecht zu werden. Dabei wird auf die Kohärenz mit den Branchenanforderungen geachtet, während Überschneidungen mit Maßnahmen anderer institutioneller Ebenen vermieden werden. Die Dynamik der Versorgung von Gemeinschaftsküchen (insbesondere Schulkantinen) mit lokalen Produkten – als Ergänzung zur Vermarktung in großen und mittleren Supermärkten – wird verstärkt.

Zusätzlich zu den Standorten Waremmе, Tinlot und Crisnée wird der Standort Argenteau bestätigt und für die Unterstützung von Biodiversität und Innovation in der Landwirtschaft eingesetzt.

Mit dieser globalen Ausrichtung bekräftigt die Abteilung Landwirtschaft, Ländlicher Raum und Labor seinen Willen, die Erwartungen des Agrar- und Ernährungssektors von

der landwirtschaftlichen Primärproduktion bis zum Vertrieb und der Vermarktung der Endprodukte effizienter zu erfüllen und gleichzeitig die ihm zugewiesenen öffentlichen Mittel zu optimieren. Die Priorität wird dabei auf Tätigkeiten gelegt, die sich in den Rahmen einer nachhaltigen, integrierten, differenzierten und lokalen Landwirtschaft einfügen.

10. Nachhaltige Entwicklung

In ihrer Rolle als Koordinator des Bürgermeisterkonvents und als überlokaler Begleiter wird die Provinz Lüttich ihr Engagement für die Kampagnen zur lokalen Energie- und Klimapolitik (POLLEC) und die Unterstützung der Gemeinden in ihrem Gebiet bei der Umsetzung des Klimaplanes fortsetzen und verstärken.

Die Provinz selbst wird ihren Klimaplan anpassen, um ihm angesichts der ökologischen Herausforderung, die sich jedem von uns stellt, eine völlig neue Dimension zu verleihen und ihn innerhalb der Provinz in vielerlei Hinsicht voll zu entfalten: Abfallreduzierung, Einsatz alternativer Technologien und Hilfsmittel, Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter und Besucher, Reduzierung ihres ökologischen

Fußabdrucks, Verringerung des CO₂-Ausstoßes ihres Immobilien- und Fahrzeug-Pools, Entmaterialisierung der Verwaltung, Förderung von guten Praktiken wie Fahrgemeinschaften oder Multimodalität...

Jede Maßnahme, die als positiv für die Energie- und/oder Umweltbilanz der Provinz angesehen wird und durch ihre Vorbildfunktion die Akteure in ihrem Gebiet dazu anregt, es ihr gleichzutun, wird gefördert.

Um sich die nötigen Mittel dafür zu verschaffen, wird sie auf wallonische oder europäische Projektausschreibungen mit denselben Werten und innovative Instrumente, die ihr zur Verfügung stehen, zurückzugreifen.

11. Sport

Der Sportdienst wird eine Sportpolitik verfolgen, die die Organisation von Veranstaltungen, die Unterstützung von Akteuren im Sportbereich und die Förderung des Sports in Ergänzung zu den anderen Verwaltungsebenen umfasst.

Die Provinz Lüttich wird sich weiterhin an der Organisation von Sportveranstaltungen oder -wettbewerben von internationaler oder regionaler Bedeutung auf ihrem Gebiet beteiligen, indem sie logistische und/oder finanzielle Hilfe leistet und ihren Partnern über ihren Sportdienst ihr Fachwissen zur Verfügung stellt.

Über die rein sportlichen Aufgaben hinaus trägt diese Logik der Beteiligung an strukturbildenden Projekten zur Attraktivität des Gebiets und zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Wie in der Vergangenheit wird die Unterstützung der Sportakteure (Verbände, Vereine, VoG) mehrere Ziele verfolgen: dauerhaft ein vielfältiges Angebot zu sichern, durch die Ausbildung junger Menschen Berufungen zu wecken und Initiativen im Sportsektor des eigenen Gebiets zu fördern. Im Hinblick auf die Erklärung zur Regionalpolitik und die Erklärung zur

Gemeinschaftspolitik wird diese Unterstützung verschiedene Grundsätze beachten, wie die Kohärenz zwischen den verschiedenen Regierungsebenen, die Transparenz, die Verhältnismäßigkeit und die Verbindung mit den von der Provinz Lüttich vertretenen Politiken.

Die Unterstützung der Professionalisierung des Sektors erfolgt in Abstimmung mit den anderen staatlichen Ebenen durch die Abteilung für Aus- und Weiterbildung oder in Partnerschaft mit anderen Anbietern. In diesem Rahmen wird auch der Begleitung und Betreuung von Ehrenamtlichen Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Arbeit zur Aufwertung der fünf Sportinfrastrukturen der Provinz wird von dem Sportdienst durch die Erstellung eines Katasters verstärkt. Dieses umfasst auch die Infrastrukturen des Unterrichtswesens der Provinz, die den Vereinen und Verbänden außerhalb der Schulzeit zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die Förderung des Sports für alle und des angepassten Sports wird in Zusammenarbeit mit den Sportverbänden (einschließlich der „Ligue Handisport“) und den Schulsportverbänden unter Berücksichtigung der Existenz anderer Akteure fortgesetzt. Die eingeführten Maßnahmen werden innerhalb von drei Jahren analysiert.

Abschließend: DIE PROVINZ LÜTTICH nimmt IHR SCHICKSAL selbst in die Hand

Die Verpflichtung zur Finanzierung der Hilfeleistungszonen, deren Auswirkungen innerhalb der Provinz zu Beginn der Legislaturperiode genau analysiert und objektiv gemessen werden, ist in jedem Fall ein weiterer Anreiz für die Provinz, ihre Rolle neu auszurichten und gleichzeitig den Umfang der „restlichen“ Maßnahmen zu reduzieren.

Diese großen und ehrgeizigen Herausforderungen zielen darauf ab, die Provinz in all ihren Bestandteilen und Aktionen tiefgreifend zu verändern. Ziel ist es, sie effizienter, ergänzungsfähiger und reaktionsfähiger zu machen, damit sie immer mehr im Dienste der Gemeinden und letztendlich der Bürger steht, die in ihrem Gebiet leben, arbeiten oder sich fortbewegen.

Eine solche Reform erfordert einen starken politischen Willen, die aktive Beteiligung der Betroffenen und einen gut durchdachten Ansatz zur Steuerung des Wandels. Diese Anforderungen sind natürlich Voraussetzung für die Gründe, warum eine auf drei politische Parteien erweiterte politische Mehrheit durch die Hinterlegung des vom Provinzialrat am 6. Dezember 2024 angenommenen Mehrheitspakts zustande kam.

Es wird darum gehen, bei jedem Schritt der angekündigten Veränderungen zu zeigen, dass die Provinz weiterhin mutig ist, dass sie die Dinge vorantreibt und dass die Maßnahmen, die sie ergreifen wird, einen echten sozialen Mehrwert für unser Gebiet schaffen. Die Reform wird also nicht Unterwerfung bedeuten. Sie wird vielmehr Willen zeigen. Die Provinz hat drei Jahre Zeit für die Gestaltung ihres Wandels und ihres Schicksals.

Das Tempo dieser tiefgreifenden Reform des öffentlichen Dienstes der Provinz wird insbesondere eng mit den internen Auswirkungen der den Provinzen auferlegten Dotationen verbunden sein, da es darum geht, zu jeder Zeit eine Verschlechterung des Arbeitsumfelds der Provinzbediensteten, aber auch der Qualität der Dienstleistungen für die Gemeinden und die Akteure des Provinzgebiets zu vermeiden. Auch wenn die Provinz auf der Grundlage von Restzuständigkeiten neu ausgerichtet wird, darf sie nicht wie eine leere Hülle oder eine bloße Geldquelle wirken.

Das Provinzkollegium wird sich auch darum bemühen, sich glaubwürdig in die Debatte über eine neue Struktur der Gremien einzubringen, die künftig den politischen Willen und die politische Vertretung innerhalb der Provinzinstitution verkörpern sollen.

Das Schreiben einer neuen Geschichte für die Provinzen wird also das Ergebnis einer kollektiven Aufgabe sein, getragen von einem breiten und historischen Konsens, der diesbezüglich auf Ebene der wallonischen Mehrheit nach den Wahlen vom 9. Juni 2024 besteht.

Die Zukunft unserer Provinz und der anderen wallonischen Provinzen hängt vor allem von den Entscheidungen ab, die heute und/oder morgen getroffen werden. Sie wird also hier und jetzt geschrieben. Angesichts dieses beispiellosen Wandels, der durch die lokale und überlokale institutionelle Landschaft der Wallonie weht, wird das neue Provinzkollegium eine aktive Rolle bei der Gestaltung seiner Zukunft spielen. Es möchte agieren, statt zu reagieren. Es will vorausschauen, statt nachzugeben.

